

Stand: 08.02.2026 16:58:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7078

"Überkapazitäten bei klimaschädlichen Kohlekraftwerken abbauen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7078 vom 18.06.2015
2. Beschluss des Plenums 17/7122 vom 18.06.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 18.06.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Überkapazitäten bei klimaschädlichen Kohlekraftwerken abbauen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die zeitnahe Einführung von Klimaschutzmaßnahmen im Stromsektor einzusetzen, durch die die im deutschen Strommarkt bestehenden Überkapazitäten im Bereich alter, emissionsintensiver Kraftwerke abgebaut werden, um mindestens die Klimaschutzziele der Bundesregierung bis zum Jahr 2020 zu erreichen.
2. Der Landtag lehnt den Vorschlag der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie zur Einführung einer Kapazitätsreserve als unzureichend ab.

Begründung:

Laut mehrerer Studien (u.a. Prognos/EWI/GWS, Ecofys, Agora Energiewende etc.) droht Deutschland sein nationales Klimaschutzziel für das Jahr 2020 deutlich zu verfehlten. Das Bundeswirtschaftsministerium geht in seinem Eckpunkte-Papier „Strommarkt“ zudem davon aus, dass der EU-Emissionshandel bis 2020 keine signifikanten Wirkungen auf die Treibhausgasemissionen des deutschen Kraftwerksparks haben wird. Daher ist die Einführung eines zusätzlichen nationalen Klimaschutzinstruments erforderlich.

Durch die enormen Überkapazitäten im Bereich alter, klimaschädlicher Kohlekraftwerke in Deutschland wurde im Jahr 2014 mit 35 Mrd. Kilowattstunden erneut ein Rekord-Stromexportüberschuss erzielt. Das heißt, dass vom insgesamt in Deutschland erzeugten Strom mittlerweile rund sechs Prozent nur für den Export ins Ausland produziert werden. Deutsche Kohlekraftwerke drängen damit nicht nur in Deutschland, sondern inzwischen europaweit die klimafreundlicheren und flexibleren Gaskraftwerke aus dem Markt.

Eine zusätzliche nationale Klimaschutzmaßnahme im Strombereich muss so ambitioniert ausgestaltet sein, dass bis zum Jahr 2020 mindestens eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 erreicht wird. Der Vorschlag der IG BCE zur Einführung einer Kapazitätsreserve würde laut einer Studie der Agora Energiewende lediglich zu einer CO₂-Reduktion um 36 Prozent führen. Zudem sollen nach den Vorstellungen der Gewerkschaft die Kosten für die Kapazitätsreserve auf die Stromkunden umgelegt werden. Damit würde auf Kosten der Stromverbraucher der dringend erforderliche und längst überfällige Strukturwandel im Bereich der Stromerzeugung weiter hinausgezögert werden.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/7078

Überkapazitäten bei klimaschädlichen Kohlekraftwerken abbauen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Natascha Kohnen

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Abg. Dr. Christian Magerl

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,

Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein schmutziger Strom - Bayern unterstützt Kohleabgabe (Drs. 17/7041)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,

Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Überkapazitäten bei klimaschädlichen Kohlekraftwerken abbauen (Drs. 17/7078)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und bitte den Kollegen Stümpfig zum Rednerpult.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesen Wochen werden wir erleben, was der G-7-Gipfel von Elmau tatsächlich wert war. Wir hoffen, dass von diesem Gipfel nicht nur die Bilder von dem Weißwurstfrühstück und der demonstrativen Lässigkeit von Barack Obama in Erinnerung bleiben. Wir alle sollten nicht vergessen, was die Kanzlerin in ihrer Videobotschaft und auf der Pressekonferenz zum Gipfel gesagt hat. Jetzt ist es vorbei mit der Zeit der Showveranstaltungen. Jetzt muss geliefert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir greifen mit unserem heutigen Antrag einen sehr guten Vorschlag unseres Bundeswirtschaftsministers Gabriel zum Thema Kohleabgabe auf. Deutschland ist nämlich gerade dabei, seine selbstgesetzten Klimaschutzziele, insbesondere die Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 % bis zum Jahr 2020, zu verfehlten. Gerade in den letzten Jahren haben wir festgestellt: Die Braunkohle boomt. Wir steigern Jahr für Jahr unsere

Stromexporte. Wir exportieren unseren dreckigen Kohlestrom in die Nachbarländer und treiben dort die Gaskraftwerke in die roten Zahlen. Das ist eine Entwicklung, die wir stoppen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine genaue Analyse zeigt, dass der Klimaschutzbeitrag der deutschen Elektrizitätswirtschaft weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die Politik der ungebremsten Kohleverstromung geht auch an Bayern nicht vorüber. Gerade unsere bayerischen Gaskraftwerke sind davon betroffen. Ich erzähle Ihnen insoweit nichts Neues. Sie kennen die Debatten um Irsching.

Eine Ursache für diese fatale Situation unserer nagelneuen Gaskraftwerke liegt im europäischen Emissionsrechtehandel. Das erfolgreiche Agieren der Lobbyisten hat dazu geführt, dass Emissionszertifikate zu einem Ramschpreis von unter 5 Euro pro Tonne CO₂ gehandelt werden. Dabei spielen gerade die CSU-Mitglieder im Europäischen Parlament eine unrühmliche Rolle. Ich nenne namentlich die designierten stellvertretenden Parteivorsitzenden Manfred Weber und Angelika Niebler.

Wir brauchen dringend nationale Maßnahmen. Das Konzept des Bundeswirtschaftsministers zur Kohleabgabe ist ein sinnvolles Instrument, das ich Ihnen einmal kurz erläutern möchte. Wir müssen dazu kommen, dass die CO₂-Emissionen in Deutschland tatsächlich reduziert werden. Dies darf allerdings nicht durch eine plumpe Verlagerung unserer Probleme ins Ausland erreicht werden. Klar ist, dass insbesondere die Emissionen der ältesten bzw. dreckigsten Kohlemeiler begrenzt werden müssen. Die vorgeschlagene Abgabe ist dafür ein geeignetes Instrument.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist aber nicht nur der positive Beitrag zum Klimaschutz, der die Abgabe sinnvoll erscheinen lässt; auch unter Kostenaspekten gehen damit ökonomische Vorteile einher. Zwar wird eine Strompreiserhöhung um etwa 0,4 Cent pro Kilowattstunde veran-

schlagt. Aber das Sinken der EEG-Umlage würde eine Entlastung um 0,2 Cent pro Kilowattstunde bewirken, sodass sich unter dem Strich nur eine sehr geringe Strompreiserhöhung ergäbe. Wir verstehen in keiner Weise die Aufregung der Elektrizitätsunternehmen; denn die Kohleabgabe müsste auch in ihrem Interesse sein. Insofern ist das Schaulaufen der Energiewirtschaft gegen diesen Vorschlag absurd. Die reihenweise gestellten Stilllegungsanträge für kurzfristig unrentabel gewordene Gaskraftwerke unterstreichen das.

Ein weiterer ökonomischer Grund für diese Kohleabgabe ist, dass sie keinen weiteren Subventionstopf aufmacht. Ich muss deutlich sagen: Der Vorschlag der IG Bergbau, Chemie, Energie ist absurd. Erneut sollen Subventionen dafür verwendet werden, Überkapazitäten Stück für Stück abzubauen. Das wollen wir nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen: Gerade aus unserer bayerischen Sicht ist es mehr als sinnvoll, heute diese Kohleabgabe einzuführen. Wir reden in diesem Hause immer stark gegen die dreckige Braunkohle, die aus anderen Bundesländern kommt. Wir bedauern die hohen Stillstandszeiten und die damit einhergehende fehlende Wirtschaftlichkeit unserer Gaskraftwerke. Jetzt haben wir die Möglichkeit, das zu ändern. Sorgen Sie dafür, dass die Braunkohlekraftwerke vom Netz gehen! Schaffen Sie damit den bayerischen Gaskraftwerken einen Marktzugang - ohne Subventionen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider müssen wir feststellen, dass die Energiepolitik wieder in das politische Fahrwasser des Populismus gerät. So hat sich in den letzten Wochen eine unheilige Allianz aus verschiedenen Lobbyisten und der SPD Nordrhein-Westfalens gebildet, die sich massiv gegen diese Kohleabgabe einsetzt. Wir setzen dieser unheiligen Allianz eine heilige Allianz entgegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte Papst Franziskus zitieren, der in seiner heute erschienenen Enzyklika schreibt: Die Länder, welche auf Kosten einer enormen Emission von Treibhausgasen einen hohen Grad an Industrialisierung erreicht haben, sind stärker dafür verantwortlich, sich um die Lösung der Probleme zu kümmern, die sie verursachen. – Das ist eine Aufforderung. Der Papst weist deutlich darauf hin, dass es so nicht weitergehen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden im Anschluss sicherlich sehr heiß über einen Dringlichkeitsantrag zum Umgang mit Flüchtlingen diskutieren. Aber auch das Thema dieses Dringlichkeitsantrags steht in einem größeren Zusammenhang. Wir müssen jetzt, im Jahr 2015, die Weichen für den Klimaschutz stellen. Der Botschafter Frankreichs war in der vergangenen Woche hier. Er erwartet von Deutschland die klare Ansage, dass die Klimakonferenz in Paris nicht scheitern darf. Deswegen ist es wirklich wichtig, dass wir jetzt konkrete Maßnahmen ergreifen. Eine konkrete Maßnahme habe ich Ihnen vorgestellt. Wir müssen heraus aus der dreckigen Kohlestromerzeugung. Wir müssen hinein in die Erzeugung sauberer Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fassen Sie sich also ein Herz, und lassen Sie Ihren Reden gegen Braunkohlestrom Taten folgen. Hören Sie auf den Papst und den französischen Botschafter. Hören Sie nicht zuletzt auf Alois Glück, der in seinem neuen Buch geeignete Wege skizziert. Stehen Sie ein für Klimaschutz. Stehen Sie ein für eine, im ursprünglichen Sinne des Wortes, glaubhafte Politik, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor ich den nächsten Redner, Herrn Glauber, zum Rednerpult bitte, gebe ich bekannt, dass die Fraktion der CSU

zum Antrag der Fraktion der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt hat. - Herr Glauber, bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher aus Oberfranken auf der Besuchertribüne! In dem Antrag der GRÜNEN und auch in unserem Antrag geht es im Prinzip darum, schmutzigen Braunkohlestrom, der momentan für den Export in der Wirtschaft sorgt, zurückzuführen. Wir haben einen Bundeswirtschaftsminister von der SPD; wir haben eine Bundesumweltministerin, auch von der SPD. Beide haben im Prinzip das Ziel – das glaube ich zumindest aufgrund ihrer Ausführungen –, die CO₂-Emissionen zurückzuführen. Deshalb ist es völlig richtig, dass die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der GRÜNEN diesen Antrag stellen; denn wir entnehmen der Presseberichterstattung, dass sich Gabriel dazu durchgerungen hat, die CO₂-Emissionen über eine CO₂-Besteuerung zurückzuführen.

Das war eigentlich einmal ein europäisches Ziel. Als man CO₂-Zertifikate zur Reduzierung des Treibhauseffektes eingeführt hat, war das damalige Ziel, die CO₂-Zertifikate zu 30 Euro auf dem Markt zu platzieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Europaweit wurden aber so viele Zertifikate ausgegeben, dass heutzutage ein Zertifikat nur 6 Euro wert ist. Deshalb wird man die Reduktion der CO₂-Emissionen so nicht in den Griff bekommen. Deshalb gibt es auch eine Überproduktion – Martin Stümpfig hat dies angeprochen. Wir exportieren heute mindestens 6 % der in Deutschland erzeugten Energie.

Wir diskutieren darüber, dass wir bayerische Gaskraftwerke ans Netz bringen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Genau das ist der Sachverhalt, den ich gerade beschreibe. Warum bringen wir bayerische CO₂-emittierende, hochflexible, modernste Gaskraftwerke nicht ans Netz? – Weil die Gestehungskosten der Stromproduktion mit Braunkohle mit momentan 3 Cent zu günstig sind, um diese Gaskraftwerke ans Netz bringen zu können. Unser aller Ziel ist doch, solche Kraftwerke ans Netz zu bringen

und erneuerbare Energien einzusetzen, die eine Erfolgsgeschichte für ganz Deutschland sind. Betrachten wir die Aussagen der Kanzlerin und des G-7-Gipfels: Das Zwei-Grad-Ziel bis zur Jahrhundertwende wurde als Erfolg gefeiert. Wenn wir nationale Klimaziele und weltweite Klimaziele als Erfolg feiern, dann ist es auch richtig, dass ein Bundeswirtschaftsminister bei der Umsetzung unterstützt wird.

Ich kann nicht verstehen, warum die Kolleginnen und Kollegen der SPD eher dem Vorschlag der IG Bergbau, Chemie, Energie folgen und jetzt eigentlich eine Kehrtwende vollziehen. Kollegin Kohnen sagt, dass unser Antrag nicht konkret genug ist. Wir sind in unserem Antrag aber sehr konkret; denn wir wollen eben keine Bereitstellungsprämie für abgeschriebene alte Braunkohlekraftwerke.

(Erwin Huber (CSU): Da hat sie aber recht, die Kollegin!)

– Nein, das wollen wir nicht, Kollege Huber. Ich erwähne Irsching. Ich bin auf Ihre und des Ministerpräsidenten nächste Rede dazu gespannt, wie Sie Irsching dann ans Netz bringen wollen. Darauf freue ich mich.

Das Problem ist genau, dass die alten, abgeschriebenen Braunkohlekraftwerke zu einem ganz niedrigen Preis Strom produzieren können. Wenn wir einen Reservepreis einführen, wollen wir auch einen fokussierten Kapazitätmarkt. Der Fokus muss wie bei den Fahrzeugen auf der CO₂-Emission liegen. Deshalb halten wir es für enorm wichtig, die Idee des Bundeswirtschaftsministers aufzugreifen. Ich appelliere an die Kollegen von der SPD: Bleiben Sie an der Seite Ihres Wirtschaftsministers und folgen Sie nicht den Gewerkschaften. Sie folgen der falschen Seite. Der Wirtschaftsminister ist zumindest bei seinem ersten Aufschlag auf der richtigen Seite. Wir in Bayern werden damit eine höhere Energieproduktion durch hochflexible Gaskraftwerke bekommen, und wir werden die erneuerbaren Energien besser im Netz haben. Deshalb gilt es, beiden Anträgen, unserem und dem der GRÜNEN, zuzustimmen.

Abschließend möchte ich noch sagen: Wir machen am Wochenende eine Veranstaltung zum Thema neue E-Mobilität, darüber, wie wir in Zukunft Mobilität auf den Markt

bringen. Jedermann spricht doch von Wasserstoffantrieben, von Elektroantrieben. Wenn wir 1 Million Fahrzeuge mit einem solchen Antrieb wollen, dann müssen wir nicht nur auf bayerischer, sondern auch auf nationaler Ebene einen Schritt in Richtung Reduzierung von CO₂-Emissionen gehen. Fördern wir solche Fahrzeuge; lassen wir sie abschreiben; bevorzugen wir sie im Straßenverkehr!

Noch etwas, an die SPD-Kollegen gerichtet: Wenn Sie es mit dem Klimaschutz ernst meinen, dann schaffen Sie auf Bundesebene endlich die steuerliche Absetzbarkeit von Gebäudesanierungen; denn in Gebäuden finden 60 % des Energieverbrauches und der CO₂-Emissionen durch die Gebäudebeheizung statt. Schaffen Sie diese Absetzbarkeit für den Wärmemarkt. Das ist ein noch besserer Vorschlag als jener des Wirtschaftsministers; denn dies hätte sofortige Auswirkungen auf unseren CO₂-Markt. Stimmen Sie deshalb endlich der steuerlichen Absetzbarkeit der Gebäudesanierung zu. Damit tun Sie etwas für unsere Umwelt und auch für die Energiewende in Deutschland und in Bayern. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Herr Kollege Kirchner. Bitte.

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Ich meine, es ist an der Zeit, die Dinge etwas nüchtern zu betrachten und uns auf die Fakten zu konzentrieren. Unser Ziel und – dessen bin ich mir sicher – auch Ihr Ziel ist es, die CO₂-Minderung um 40 % bis 2020 voranzubringen. Bundesminister Gabriel hat im März 2015 einen Vorschlag in die Runde gebracht, wie die für den Stromsektor festgelegte Einsparung von 22 Millionen Tonnen CO₂ bis 2020 realisiert werden soll. Damit verbunden ist auch die schon genannte Einführung eines Klimabeitrages für Kohlekraftwerke. Wir müssen aber auch sehen, dass aufgrund dieses Vorschlags und einer CO₂-Einsparung in dieser Form Mehrkosten von 0,2 Cent pro Kilowattstunde – auf den ersten Blick ist das vielleicht nicht viel – und damit Mehrkosten für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher und

für die gesamte Volkswirtschaft in Höhe von über 1 Milliarde Euro pro Jahr entstehen würden. Ich meine, das ist nicht Sinn und Zweck.

Der zweite relativierte Vorschlag von Herrn Gabriel ist seit Mai 2015 in aller Munde. Dabei geht es darum, dass diese avisierte Senkung um ursprünglich 22 Millionen Tonnen nun auf 16 Millionen Tonnen verringert werden soll und das Delta von 6 Millionen Tonnen durch die avisierte Förderung der KWK und durch weitere Maßnahmen, zum Beispiel im Verkehrssektor, die auch Sie vorhin angesprochen haben, geschlossen werden soll, Herr Glauber. Schade ist nur, dass bei diesem Vorschlag bis zum heutigen Tag noch nicht beziffert ist, was er in der Konsequenz für den Verbraucher bedeutet und mit welchen Kenngrößen man dort weiter verfährt.

Darüber hinaus gibt es richtigerweise Alternativvorschläge, die auf eine Einführung einer Kraftwerkskapazitätsreserve abstellen, höhere KWK-Förderungen fordern, Abwrackprämien für alte Heizungen und auch die sukzessive Stilllegung alter verbrauchter Kraftwerke in den Vordergrund stellen. Zumindest in den beiden Reden zuvor wurden die wesentlichen Inhalte aus unserem Energiedialog vergessen, der auch etliche Punkte hervorgebracht hat, die für die weitere Energiewende relevant sein sollen.

Betrachten wir den Ist-Zustand, ist es wohl so, dass der erste Vorschlag von Bundesminister Gabriel nicht tragbar ist oder tragbar bleibt. Dies zeigt auch gerade die Diskussion, die die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin so in den Fokus rückt und die dort lautstark interveniert. Herr Wengert ist leider nicht da; deshalb sage ich es Ihnen, Frau Kohnen, weil Sie nach mir reden. Das ist auch ein Beispiel dafür, wie es mit dem Gleichklang in der Energiepolitik bei der SPD aussieht.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Hört! Hört!)

Mein Kollege Stümpfig hat vorhin von unheilig und heilig gesprochen. Ich muss schon sagen: Dies ist ein wenig scheinheilig; denn zu der Allianz, die Sie vorhin angesprochen haben, muss ich feststellen, dass gerade in dem besagten Nordrhein-Westfalen eine Partei, die sich, ich glaube, die GRÜNEN nennt, mit in der Verantwortung ist.

Genau dort sind die Themen, die Sie angesprochen haben, voranzubringen und ist über sie zu entscheiden. Bitte, wenn Sie sich engagieren wollen, steht Ihnen dort die größte Spielwiese zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Fakt ist auch, dass im Bundesrat aktuell nichts zur Diskussion ansteht. Die Diskussion, wie die Ziele der Minderung von CO₂-Emissionen zu erreichen sind, ist in vollem Gange. Nehmen wir auf die Anträge Bezug. In der Tat waren beim G-7-Gipfel in Elmau der Klimaschutz und die Einsparungsziele hierzu besonders im Fokus. Ich möchte unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel ein besonderes Lob aussprechen. Sie hat es bei diesem Gipfel geschafft, die Allianzen zu schmieden, die Sie vorher angesprochen haben, hat es geschafft, die ganze Welt in unterschiedlichsten Aspekten bei der Energiepolitik zu vereinen, die Staaten auf einen Nenner zu bringen, sie für die CO₂-Minderung zu begeistern, damit Deutschland bei diesem Bestreben keinen Alleingang machen muss und damit irgendwo auch volkswirtschaftlich die Balance weltweit zu sehen ist.

Vielleicht war dieser Gipfel in Elmau auch der Anlass, dass sich die GRÜNEN dieses Thema wieder zu eigen gemacht und daran erinnert haben, dass die CO₂-Minderung in der Tat ein wichtiges Thema ist. Ich muss aber schon sagen, es wundert mich ein wenig. Es wurde vorher auch von Herrn Glauber angesprochen: Unsere Initiative auf Bundesebene für steuerliche Vergünstigungen für die energetische Gebäudesanierung sind gerade von den GRÜNEN – auch von der SPD – torpediert und auch blockiert worden. Gerade da hätte man einen Riesenschwung machen können, um CO₂ zu reduzieren; denn die Energie, die nicht gebraucht wird, ist die beste Energie. Ich denke, da können wir hier einen Konsens erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin dankbar, dass unsere bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und auch die CSU-Fraktion dort weiter initiativ geblieben sind und jetzt wenigstens auf bayeri-

scher Ebene mit dem 10.000-Häuser-Programm hier gewisse Impulse geben, die gerne auf Bundesebene – Frau Kohnen, Sie lachen – nachgeahmt werden können.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Als Fazit der heutigen Diskussion muss man ganz klar feststellen: Ziel der CSU-Fraktion ist es, das CO₂ deutlich zu reduzieren. Es freut mich sehr, dass die GRÜNEN und auch die FREIEN WÄHLER mit ihren Anträgen unserem Ziel folgen wollen.

Wir sind uns einig, dass auch die Kohle in dieser Diskussion bestimmt eine bedeutende Rolle einnehmen wird. Allerdings ist die Kohle nur ein Instrument in dem großen Werkzeugkasten, den wir brauchen, um die Energiewende zu bewerkstelligen und auch die Spielregeln neu zu definieren. Es wäre fatal, wenn wir uns im Moment nur auf dieses eine Instrument reduzieren würden. Da die Diskussion der CO₂-Reduzierung in vollem Gange ist, wäre es aus heutiger Sicht kontraproduktiv, die verschiedenen Optionen, die zur Verfügung stehen, außen vor zu lassen.

Darüber hinaus gebe ich, weil der bayerische Weg angesprochen wurde, sehr zu bedenken, dass in naher Zukunft entscheidende Gespräche stattfinden werden, die auch die bayerische Energiepolitik und Energiewende stark beeinflussen werden. Auch insofern wäre es kontraproduktiv, wenn hier heute schon Definitionen geschaffen und feste Vereinbarungen getroffen würden.

Aufgrund dessen und auch aufgrund des jetzigen Zeitpunkts können wir dem Antrag der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER im Moment nicht zustimmen und lehnen diese ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kirchner, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kirchner, Sie haben erwähnt, dass wir in Nordrhein-Westfalen an der Regierung beteiligt sind. Das stimmt. Natürlich sind wir ein kleiner Koalitionspartner. Sie in Bayern stellen die Alleinregierung. Sie hätten es in der Hand, Ihren Worten, dass sie keinen Braunkohlestrom aus anderen Ländern wollen, endlich Taten folgen zu lassen. Sie könnten mehr tun für eine eigene Erzeugung, für unsere Gaskraftwerke, damit diese wieder in den Markt gelangen. Sie können das hier entscheiden, ganz allein Ihre Fraktion. Also dann, tun Sie es doch bitte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema Gebäudesanierung: Der Vorschlag vom Bundeswirtschaftsministerium lag jetzt entscheidungsreif auf dem Tisch. Ich war am 19. Mai noch einmal in Berlin und habe mit Vertretern vom Wirtschaftsministerium gesprochen. Die haben gesagt, auf Einschreiten des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer ist das alles ad acta gelegt.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Das ist Ihr Ministerpräsident, der die Gebäudesanierung torpediert hat, Sie aber werfen das uns jetzt vor. Das ist eine Unverschämtheit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt noch abschließend zum Thema 10.000-Häuser-Programm: Im Wirtschaftsausschuss fragen wir schon lange nach, wann das 10.000-Häuser-Programm kommt. Ich sitze hier jetzt nahezu zwei Jahre lang im Landtag, und wir haben noch keinen Vorschlag vorliegen, was da jetzt entstehen soll. Wir wissen es immer noch nicht. Also: Kommen Sie endlich in die Puschen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Stümpfig, ich denke, man sollte schon differenzieren, und wenn man Politik macht, sollte man

auch zur Versachlichung der Politik beitragen. Wenn man solche Dinge in den Raum stellt, dann muss man schon auch, wenn man ehrlich ist - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

– Herr Wengert, jetzt sind Sie wieder da. Als ich an Sie gewisse Dinge adressieren wollte, weil Sie sich heute für die Energiewende interessiert haben, waren Sie nicht da. Dann bleiben Sie jetzt bitte auch ruhig.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Zurufe der Abgeordneten Dr. Paul Wengert und Helga Schmitt-Bussinger (SPD) – Unruhe)

Herr Stümpfig, um das Thema noch einmal anzusprechen: Man muss sich natürlich schon - -

(Anhaltende Unruhe)

Herr Stümpfig, ich probiere es nochmal. Wenn es die anderen nicht interessiert, dann müssen wir es bilateral machen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch etwas um Ruhe.

Sandro Kirchner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Stümpfig, man soll die Abläufe schon beim Namen nennen. Ich denke – weil Sie Ihre Position in Nordrhein-Westfalen ansprechen –, es spricht nicht gerade für ihre GRÜNEN-Politik, wenn Sie sich an dieser Stelle so kleinmachen. Im weiteren Ablauf müssen gewisse Dinge dann auf Bundesratsebene entschieden werden. Wenn Sie meinen Ausführungen zugehört haben, wissen Sie: Hier ist nicht aller Tage Abend. Sie haben auch durch Ihre Beteiligung an den verschiedenen Regierungen erheblichen Einfluss und könnten die Politik so gestalten, wie Sie es gerade in den Raum stellen.

Sie haben die energetische Sanierung angesprochen, auf einmal den Fokus unscharf gemacht und auf den Handwerkerbonus übergeleitet. Sie müssen hier differenzieren: Als unser Ministerpräsident, als die Bayerische Staatsregierung auf dieser Ebene in-

terveniert haben, da ging es darum, dass Investitionen, die über das Handwerk getätigt werden, geschützt werden sollen und dass der Handwerkerbonus nicht irgendwie verschlissen wird. Das muss man schon so in den Vordergrund stellen. Sie aber versuchen, das Ganze irgendwo falsch darzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kohnen.

(Erwin Huber (CSU): Hat er gut gemacht!)

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) – Soll ich das jetzt wiederholen?

(Allgemeine Heiterkeit)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kirchner, ich sage jetzt nicht, was Herr Huber gesagt hat – dass Sie es gut gemacht haben –, aber der Anfang war gar nicht schlecht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kirchner, vielleicht noch einmal, weil das zum Schluss ein Durcheinander wurde:
Das 10.000-Häuser-Programm für Bayern - -

(Zurufe)

– Na ja, Leute, ist doch so. Entschuldigung, das 10.000-Häuser-Programm ist auf Bundesebene gelaufen, und Frau Aigner ist gut beraten gewesen, das auf Bayern zu übertragen. Betreiben Sie einfach einmal nicht immer Populismus und kümmern sich nicht darum, wer hier was falsch macht, sondern um das, worum es am Ende geht.

Sie haben auch vom Einklang in der SPD bei der Energiewende gesprochen. Wir haben 16 Bundesländer, und wir versuchen, eine nationale Energiewende hinzubekommen.

kommen. Der Bundeswirtschaftsminister versucht im Moment, 16 Länder unter einen Hut zu bekommen. Herr Kirchner, es gibt ein Bundesland, das definitiv Probleme hat, im eigenen Laden einen Einklang in der Energiewende hinzubekommen. Das ist tatsächlich Bayern mit der CSU. Frau Aigner schlägt plötzlich zwei Trassen vor. Eine geht über Baden-Württemberg. Herr Seehofer sagt eine Woche später: Wir brauchen keine. Es ist die CSU, welche die größten Probleme mit dem Einklang bei der Energiewende hat.

(Beifall bei der SPD)

Was versucht der Bundeswirtschaftsminister gerade? - Ich denke, der Antrag der GRÜNEN ist deswegen durchaus vernünftig. Lieber Martin Stümpfig, ich habe dich am Anfang gebeten, sachlich zu bleiben, weil der Antrag wirklich gut geschrieben ist. Es ist sehr genau beschrieben, dass wir um 22 Millionen Tonnen reduzieren müssen. Das ist übrigens auch die Untergrenze, Herr Kirchner, die wir einhalten müssen, damit wir unser Klimaschutzziel, das Sie ja korrekt beschrieben haben, erreichen; ich meine die Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40 % im Vergleich zu 1990. Das ist der Punkt, den wir erreichen müssen. Die Zahl 22 Millionen Tonnen ist also die Untergrenze.

Gabriel hat versucht, unter anderem mit Nordrhein-Westfalen, wo durchaus eine andere Regierung ist – auch SPD –, ins Gespräch zu kommen, aber es spielt auch durchaus eine Rolle in Ostdeutschland. Diese Länder identifizieren sich mit ihrer Energieversorgung über Kohle. Herr Stümpfig, das ist nicht Lobbyismus. Sie versuchen tatsächlich, ihre historische Energieversorgung – wie übrigens Bayern historisch immer die Atomkraft genutzt hatte – und im Moment die Nutzung der Kohle zu begründen. Das ist extrem problematisch mit Sicht auf das Klima, und das wissen sie auch. Sie haben aber in Nordrhein-Westfalen und vor allen Dingen auch in Ostdeutschland schlichtweg Angst, Arbeitsplätze zu verlieren.

Deswegen ist die Debatte, in die der Bundeswirtschaftsminister hineingehen muss, extrem hart. Herr Stümpfig, Sie haben mit Ihrem Antrag recht: Der Bundeswirtschaftsmi-

nister braucht Unterstützung, und die braucht er von euch auch, von den Konservativen. Der Bundeswirtschaftsminister steht im Moment im Feuer – auch mit der IG BCE –, und er diskutiert darüber, wie er unser nationales Klimaschutzziel erreichen kann. Im Moment steht er verdammt alleine da. Als Vertreterin der SPD in Bayern ist es mein Verlangen, dass ihm jemand zur Seite steht. Das ist der Koalitionspartner im Bund. Die Kanzlerin hat sich in Elmau deutlich für Klimaschutz und für die Reduzierung von CO₂ ausgesprochen. Das hat sie dort klipp und klar gesagt. Das heißt, dass die Kanzlerin dies im eigenen Land umsetzen muss. Sie muss tun, was die GRÜNEN beschreiben: Sie muss den Bundeswirtschaftsminister jetzt unterstützen. Sie muss ihm zur Seite stehen.

(Beifall bei der SPD)

Das muss jetzt passieren. Es kann nicht sein, dass sich SPD, CSU und GRÜNE beschimpfen. Das ist Quatsch. Die nationale Wende in der Energiepolitik können wir nur gemeinsam schaffen. Die Konservativen und damit auch die CSU müssen bitte schön an die Seite des Bundeswirtschaftsministers gehen. Die CSU in der Bundesregierung muss Sigmar Gabriel bei seinen Bemühungen unterstützen.

Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen. Das ist der erste Vorschlag, der vorlag. Ob er im Laufe der Verhandlungen, an denen Sie hoffentlich proaktiv teilnehmen, anders aussehen wird und ob eine Reduzierung der CO₂-Emissionen der Kohlekraftwerke eventuell auf 16 Millionen Tonnen sowie eine Kombination mit KWK festgelegt wird, wird sich zeigen. Trotzdem kann man dem Antrag der GRÜNEN durchaus zustimmen. Der Antrag sagt: helft! Lieber Martin Stümpfig, die Sache mit dem Bundesrat hat sich mir nicht ganz erschlossen. Ich glaube, die Forderung, sich auf Bundesebene einzusetzen, ist eine klare Ansage.

Warum lehnen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER ab? – Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Lieber Thorsten Glauber, der Antrag beschreibt etwas, was sich derzeit in Verhandlungen befindet. Das sage ich ungern. Sonst ist es immer die CSU-Fraktion, die

sagt: Wir müssen uns in Berlin die Verhandlungen zum Strommarktdesign und den Kapazitätsmärkten anschauen. Ihr fordert einseitig eine Ablehnung der Kapazitätsreserve. Es gibt vier Vorschläge: die Kapazitätsreserve, die strategische Reserve, das VKU-Modell oder den fokussierten Kapazitätsmarkt. Heute würde ich mich persönlich für die strategische Reserve aussprechen. Ich bin aber noch nicht am Schluss meiner Überlegungen angelangt. Das VKU-Modell könnte eventuell noch besser sein. Ich glaube, der Kapazitätsmarkt wird nicht kommen. Das wird im Moment verhandelt. Deshalb halte ich es für falsch, diesen singulär herauszunehmen. Mir ist tatsächlich nicht klar, was mit den "Klimaschutzmaßnahmen im Stromsektor" gemeint ist. Was am Ende gemeint ist, wird nicht beschrieben. Insofern halte ich euren Antrag nicht für substantiell. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Zuruf von der CSU: Sehr klug!)

- Ich weiß nicht, ob das sehr klug ist. Im Moment umfasst der Antrag sehr wenig. Das kann jedoch noch werden, wenn die Diskussion um das Strommarktdesign abgeschlossen ist. – Wenn wir es gemeinsam schaffen wollen, muss das auf Bundesebene passieren. Jetzt braucht Sigmar Gabriel alle Unterstützung. Auf Beschimpfungen, er würde sich dem Lobbyismus oder sonst was beugen, sollte verzichtet werden. Das ist Quatsch. Er braucht alle Kraft, die wir ihm geben können, damit er gut in die Verhandlungen gehen kann und Rückenwind spürt. Darum geht es, liebe CSU. Ich verstehе nicht, warum ihr jetzt den GRÜNEN-Antrag ablehnt. Der ist absolut zustimmungskompatibel.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich bitte Herrn Staatssekretär Pschierer ans Rednerpult.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stümpfig, zu Ihrem Beitrag habe ich eine Vorbemerkung. - Jetzt ist er nicht da.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Doch!)

Ich weiß nicht, ob es günstig und treffsicher war, Papst Franziskus zu zitieren. Ich schließe mich da Herrn Kollegen Kirchner an. Der Beitrag war ein bisschen von Scheinheiligkeit geprägt. Das will ich an zwei Punkten deutlich machen. Herr Stümpfig, ich hätte gerne erlebt, dass von Ihrer Seite anerkannt wird, dass Bayern in den letzten Jahren und Jahrzehnten beides geschafft hat, nämlich hervorragendes Wirtschaftswachstum sowie Industrialisierung und gleichzeitig die niedrigste CO₂-Belastung unter allen 16 Bundesländern. Meine Damen und Herren, wir in Bayern haben keine Dreckschleudern, die stehen woanders.

(Beifall bei der CSU)

Herr Stümpfig, ich dachte, ich höre nicht richtig, als Sie sagten: Lieber Kollege Kirchner, Sie haben es jetzt in Bayern in der Hand, weniger CO₂-Belastung in der Energieversorgung zu erreichen. Wer waren denn die Ersten, die rückhaltlos zu jeder Trasse Ja gesagt haben? Dazu zählt auch der SuedLink, die Südost-Passage, mit der zunächst nur Braunkohlestrom transportiert werden sollte.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Herr Stümpfig, wir hätten erwartet, dass Sie ein klares Dementi äußern. Deshalb ist die Diskussion von Ihrer Seite aus scheinheilig.

(Beifall bei der CSU - Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas Ruhe.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): - Herr Kollege Wengert, erst hören, dann stören. Der Grundsatz gilt auch für Sie.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Ich störe nicht, ich stelle klar!)

Bayern steht zu den Klimaschutzz Zielen und den klimapolitischen Zielen des Jahres 2020. Wir unterstützen das, was das Bundeskabinett im Dezember letzten Jahres beschlossen hat. Wir erkennen das an, was im Aktionsprogramm steht. Hinsichtlich der CO₂-Reduktion müssen wir selbstverständlich auch im Stromsektor, beim Kraftwerkspark, beginnen.

Wir halten auch am Ziel des Minderungsbeitrags von 22 Millionen Tonnen fest. Frau Kollegin Kohnen, das kann ich Ihnen jetzt nicht ersparen. Der Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers, Ihres Ministers, ist nicht der Stein der Weisen. Das hat zwei Gründe. Erstens macht er das Ganze teurer. Herr Kollege Kirchner hat die Summe bereits genannt. Wir sprechen über mehr als eine Milliarde Euro jährlich. Zweitens soll die CO₂-Einsparung – man höre und staune – vor allem dadurch erreicht werden, dass weniger Strom exportiert, also ins Ausland verlagert wird. Herr Stümpfig, wenn Sie Heilige und Päpste zitieren, fällt mir das Sankt-Florians-Prinzip ein: Verschon mein Haus, zünd andre an. Das Problem wird aus dem nationalen Sektor ins Ausland verlagert. Das kann nicht die Lösung sein. Deshalb ist es richtig, auch Alternativen zu prüfen.

Wir haben zum Vorschlag der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie eine andere Haltung. Diesen Vorschlag muss man nicht 1 : 1 übernehmen. Dort stehen jedoch Dinge drin, über die man durchaus diskutieren kann. Ich nenne die höhere KWK-Förderung. Die Abwrackprämie für alte Heizungsanlagen wurde damals im Rahmen der Koalitionsverhandlungen schon angestoßen. Darüber wurde diskutiert. Außerdem enthält der Vorschlag die Forderung nach der Einführung einer Kraftwerkskapazitätsreserve mit Auktionsverfahren. Deshalb sind wir dafür, dass das Bundeswirtschaftsministerium diesen Vorschlag intensiv prüft.

Die Staatsregierung wollte beim 10.000-Häuser-Programm keinen Schnellschuss machen. Wir wollten ebenfalls keinen Ersatz von KfW-Programmen. Das 10.000-Häuser-

Programm wird einen eigenen, bayerischen Akzent haben. Meine Damen und Herren, darum geht es. Die Bundesmittel sollen nicht ersetzt werden. Stattdessen wollen wir einen eigenen, bayerischen Akzent setzen.

Frau Kohnen, Sie haben an meine Fraktion appelliert, Ihren Minister zu unterstützen. Jetzt spiele ich den Ball zurück: Unterstützen Sie doch die Bayerische Staatsregierung. Ihr Bundeswirtschaftsminister soll sich im Bundeskabinett für das Thema energetische Gebäudesanierung starkmachen. Ich sage ganz deutlich: Eine gute CO₂-Bilanz erreichen Sie am besten im privaten Bereich. Meine Damen und Herren, 75 % der Gebäude, die in Deutschland stehen, sind vor dem Jahr 1979 errichtet worden. Dort steckt ein ungeheures Potenzial zur CO₂-Reduzierung drin. In den privaten Haushalten ist nicht der Strom, sondern die Wärme der Hauptenergiesektor. Im Rahmen der energetischen Gebäudesanierung hätten wir viele Möglichkeiten, etwas zu tun. Sie weisen gerne auf den Aspekt hin, dass dies Ihrer Meinung nach zu Steuerausfällen führe. Heute gehen wir davon aus, dass ein entsprechendes Konzept der energetischen Gebäudesanierung einen Nachfrageboom bei den privaten Haushalten auslöst. Deshalb wird sie sich zu einem größten Teil selber finanzieren können.

Frau Kohnen, ein allerletzter Punkt: Es ist gut, dass wir die Dinge derzeit nicht isoliert betrachten. Die Energiepolitik muss im Gesamtzusammenhang mit den Energiethemen Netzausbau, Strommarktdesign, KWK-Förderung und CO₂-Bilanz gesehen werden. Wir lehnen Vorwegfestlegungen ab. Deshalb empfehle ich die Ablehnung der Anträge der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Moment, Herr Staatssekretär! Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Wir haben drei Zwischenbemerkungen: zunächst der Kollege Magerl, dann der Kollege Glauber und dann die Kollegin Kohnen.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Herr Staatssekretär! Das war jetzt eine typische CSU-Rede. Bayern ist spitze.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Wenn es stimmt!)

- Nein. Sie operieren hier mit falschen Zahlen. Sie sagen immer, Bayern ist spitze, und wenn man nachfragt, dann können Sie nicht liefern. Das werden wir in Zukunft einmal systematisch aufarbeiten. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Es geht hier ums Klima. Wenn wir alle klimawirksamen Spurengase zusammennehmen, also inklusive Methan, Distickstoffmonoxid, Schwefelhexafluorid und anderen, liegt Bayern laut bayerischem statistischem Landesamt – ich kann Ihnen jederzeit draußen die Internetadresse zeigen – bundesweit eben nicht an der Spitze, sondern beim Pro-Kopf-Ausstoß auf Platz sechs, also im Mittelfeld. Nehmen Sie das zur Kenntnis, und hören Sie auf, hier immer mit stolz geschwellter Brust herumzureden und zu sagen, wir seien die Besten auf einem Gebiet, wo Sie eben nicht die Besten sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Er hat bloß von CO₂ geredet!
Was will er?)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Magerl, ich würde Ihnen empfehlen, ins Archiv des Bayerischen Landtags zu gehen und sich die "Süddeutsche Zeitung" geben zu lassen. Ich habe das Datum jetzt leider nicht parat, aber da gibt es eine wunderbare Grafik über die CO₂-Belastung der 16 Bundesländer.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Es gibt nicht nur CO₂! Wir haben noch andere klimawirksame Spurengase! – Zurufe von der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe!

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Entschuldigung, heute reden wir über CO₂, meine Damen und Herren,

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist nur die halbe Wahrheit! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und da schneidet der Freistaat Bayern hervorragend ab. Wir haben, bezogen auf die Industrieproduktion und die Einwohnerzahl, die beste CO₂-Bilanz. Meine Damen und Herren, da brauchen wir uns nicht zu verstecken. Halten Sie diese Rede bitte in Nordrhein-Westfalen oder in anderen Bundesländern, aber nicht hier, Herr Magerl.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: So, bitte. – Nächster ist der Kollege Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, Sie haben gestern Abend bei der Veranstaltung "Energiewende Bayern – Wohin?" aus Ihrem Herz keine Mördergrube gemacht und den anwesenden Gästen gleich erklärt, dass Sie für die Atomenergie sind und für einen Fortbestand der Atomenergie wären.

(Lachen des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer (CSU))

Sie haben natürlich noch klargemacht, dass es Ihre Meinung ist. Gibt es solche Meinungen denn auch im Wirtschaftsministerium? Arbeiten wir vielleicht schon an einer Lösung für das Weiterlaufen der Atomenergie?

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr Glauber, man sollte nicht über Veranstaltungen reden, an denen man selber nicht teilgenommen hat.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Ich war da!)

Herr Glauber, wenn Sie dort gewesen wären, hätten Sie genau gehört, dass ich gesagt habe:

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Ja, ja!)

Ich war in der Vergangenheit ein Befürworter der Kernenergie. - Dazu stehe ich auch, meine Damen und Herren.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Und Sie sind immer noch einer!)

Ich war in der Vergangenheit ein Befürworter der Kernenergie, weil die Kernenergie in den 1970er- und 1980er-Jahren ausschlaggebend dafür war, dass Bayern auf die Überholspur gekommen ist. Das muss man einfach anerkennen. Es bringt doch nichts, die Wahrheit unter den Tisch zu kehren. Ich habe es genauso gesagt: Diese Energiewende ist beschlossen und wird von mir gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaftsministerin und der Bayerischen Staatsregierung umgesetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Ja, ja!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Wortmeldung: Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Kollege Pschierer, weil Sie gerade sagten, Bayern hat tatsächlich nach dem Krieg die Atomkraft bekommen bzw. in der nationalen Energiewende genommen und hat damit seinen Aufstieg gemacht: Nordrhein-Westfalen zum Beispiel ist über den Kohleabbau gegangen. Jetzt fände ich es korrekt zu sagen: Wenn wir die niedrigsten CO₂-Emissionen haben, dann beruht das auf der Energieversorgung, wie sie durch die Atomkraft bewirkt wurde. Dadurch gab es sehr wenig CO₂-Emissionen. Also sind wir mal so ehrlich und sagen, Bayern hatte die Atomkraft. Deswegen hatte es niedrige CO₂-Emissionen. Jetzt besteht die Riesenchance, aus der Atomkraft auszusteigen. Würde Nordrhein-Westfalen die Chance geboten, aus der Kohle auszusteigen, würde das Angebot dort angenommen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Warum haben die dort schlechtere Chancen?)

Also bleiben wir mal ehrlich. Ich komme zu der Trasse. Wenn Sie den Herrn Stümpfig beschimpfen und sagen, Mensch, der hat für eine Trasse gestimmt, die Braunkohlestrom bringt, dann darf ich Sie daran erinnern, dass Sie diese Trasse in der schwarz-gelben Bundesregierung geplant haben. Die Trassenplanung und der Wunsch, dass sie geplant wird, stammen von Ihnen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Und Sie haben es übernommen!)

Der Vorschlag kam von Amprion. Die ursprüngliche Planung ist CSU/CDU, FDP.

(Dr. Paul Wengert (SPD): 2009!)

Noch etwas: Wenn Sie sagen, dass die Kohleabgabe den Strompreis teurer macht, sage ich: Bayern wird sich um Subventionen bemühen müssen, damit die Gaskraft laufen kann und damit Irsching am Netz bleiben kann. Sie selbst fordern auf Gas bezogen den fokussierten Kapazitätsmarkt. Das macht das Ganze auch nicht billiger. Lassen Sie uns nicht singulär Dinge herausgreifen und immer sagen, das macht es teurer, deswegen ist das gar nichts. Es gibt vieles, was bei der Energiewende teuer ist. Wir müssen extrem aufpassen, dass der Strom bezahlbar bleibt. Aber es hat keinen Sinn, Einzelpunkte herauszugreifen, wenn man im eigenen Land selbst Dinge fordert, die es auch nicht billiger machen. Ich nenne Abwrackprämien für alte Heizkessel.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ihre Redezeit ist um. Die zwei Minuten sind um.

Natascha Kohnen (SPD): - Ganz kurz. Diese Abwrackprämie für alte Heizkessel haben Sie in Bayern im vorletzten Haushalt abgelehnt. Wir hatten als SPD in Bayern eine Abwrackprämie für alte Heizkessel gefordert. Dies wurde von der CSU abgelehnt.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Zuhören!)

Energetische Gebäudesanierung haben Sie bis zum Schluss selbst mit entwickelt; dann haben Sie es gestoppt.

(Unruhe bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, halten wir uns doch an die Regularien!

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Frau Kollegin, ich habe drei Bemerkungen. Erstens. Sie ziehen das Bundesland Nordrhein-Westfalen heran. Das wäre etwas völlig Neues. Die Bundesländer haben im Wettbewerb durch-

aus die Möglichkeit, eine eigene Profilierung zu machen. Tatsache ist, dass Nordrhein-Westfalen nach dem Zweiten Weltkrieg so getan hat, als ob die Zukunft des Landes tausend Meter unter dem Ruhrgebiet läge. Der Freistaat Bayern hat auf moderne Technologien und auf eine andere Energiepolitik gesetzt. Das war das Erfolgsmodell der Bayerischen Staatsregierung.

(Natascha Kohnen (SPD): Deshalb steigen Sie aus der Atomkraft aus!)

Deshalb stehen wir heute an der Spitze, auch was die Wirtschaftskraft in Deutschland angeht.

(Natascha Kohnen (SPD): Da kann ich nur sagen: Fukushima! Erinnern Sie sich?)

Es folgt die zweite Anmerkung, weil Sie die Trasse diskutieren. Es war Horst Seehofer, der Bayerische Ministerpräsident, der gerade was die Südost-Passage angeht,

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Zugestimmt hat er!)

was deren Anfangs- und Endpunkt angeht, ganz klar deutlich gemacht hat, meine Damen und Herren: Ich steige nicht aus der Kernenergie aus, um in den Kohlestrom einzusteigen.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Da kommt er nicht mehr raus! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLMERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte um etwas Ruhe.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Deswegen wurde diese Trasse, auch was Lauchstädt und Wolmirstedt und den Anfangspunkt der Trasse angeht, von Horst Seehofer und der Bayerischen Staatsregierung abgelehnt.

(Natascha Kohnen (SPD): Nachdem Sie selber geplant haben!)

- Frau Kohnen, ich bitte Sie zu erkennen, dass wir nicht nur den Beschluss mitgetragen haben, aus der Kernenergie auszusteigen, sondern parallel dazu auch den Ausbau der erneuerbaren Energien im Freistaat Bayern mehr als in anderen Bundesländern vorangetrieben haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben das eine getan, das andere aber nicht gelassen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. – Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag - -

(Unruhe)

Bitte hören Sie doch zu, damit Sie wissen, worüber wir abstimmen. Zunächst stimmen wir in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/7078 ab, das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind CSU und SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt die namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf, das ist Drucksache 17/7041. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.18 bis 14.23 Uhr)

Sie haben noch eine Minute. Ich erinnere Sie daran, damit niemand am Ende sagt, er habe den Aufruf überhört.

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmen werden außerhalb des Saales ausgezählt. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir fahren in der Tagesordnung fort. – Ich bitte darum, dass Sie sich wieder hinsetzen.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Kein schmutziger Strom – Bayern unterstützt Kohleabgabe", Drucksache 17/7041 bekannt. Mit Ja haben 67 gestimmt. Mit Nein haben 84 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 18.06.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Kein schmutziger Strom - Bayern unterstützt Kohleabgabe (Drucksache 17/7041)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael			
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streible Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Dr. Wenger Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
	Gesamtsumme	67	84
			0